

Energie-Control Austria
Herr VD DI Walter Boltz
Herr VD Mag. (FH) Martin Graf
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: walter.boltz@e-control.at
martin.graf@e-control.at

Kontakt	DW	Unser Zeichen	Ihr Zeichen	Datum
DI Ursula Tauschek	223	DI TA/Sc – 43/2011		19.11.2011

Stellungnahme der Sparte NETZE zum Entwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 – SNE-VO 2012

Sehr geehrte Vorstandsdirektoren,

mit Schreiben vom 7. November 2011 hat die ECA Oesterreichs Energie den Entwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 (SNE-VO 2012) zur Kenntnis gebracht. Wir bedanken uns für die Einladung zur Stellungnahme und erlauben uns folgende Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf.

Anmerkungen zu den Kernpunkten aus Sicht von Oesterreichs Energie

1. Zur Tarifstruktur

Zukunftssichere und nachhaltige Tarifstruktur für Netzbetreiber

Die österreichischen Verteilernetzbetreiber stehen zukünftig großen Herausforderungen gegenüber. Durch die Änderung der energiepolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich somit auch neue Notwendigkeiten an eine nachhaltige Tarifstruktur für Netzbetreiber.

Diese werden im Wesentlichen getrieben durch:

- Dezentrale Erzeugung – durch den Ausbau der dezentralen Erzeugung auch auf Haushaltsebene ergibt sich ggf. eine Lastflussumkehr sowie eine neue Funktion des Netzes als Back-up-Infrastruktur („Prosumer“).
- Nachfrageflexibilisierung – z. B. durch E-Mobility, Wärmepumpen sowie Demand Response und Demand Side Management.
- EU-Energieeffizienzrichtlinie – diese stellt allgemeine Anforderungen an die Tarifstruktur von Netzbetreibern.

Österreichs E-Wirtschaft

Brahmsplatz 3 Tel +43 1 501 98-0 info@oesterreichsenergie.at
1040 Wien Fax +43 1 501 98-900 www.oesterreichsenergie.at

Oesterreichs Energie 1/11

- Unbundling – strikte Trennung zwischen Energievertrieb und Energienetzen. Dadurch soll das Produkt des Netzbetreibers für den Endkunden klar ersichtlich werden, nämlich „Anbieten von Netzinfrastruktur zur Benutzung durch Dritte“. Der Netzbetreiber ist dabei indifferent, wer diese Dienstleistung in Anspruch nimmt.

Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit die heute in Österreich angewandten Tarifstrukturen für Verteilernetzbetreiber geeignet sind, diese Herausforderungen in adäquater Weise zu bewältigen und welche Adaptionen für nachhaltige Tarifstrukturen notwendig sind.

Oesterreichs Energie schlägt deshalb vor, die Systemnutzungstarifentgelte-Verordnung 2012 zu einer aus unserer Sicht sinnvollen Tarifstrukturänderung zu nutzen und zwar, dass im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen an die Netzbetreiber die Netznutzungstarife stärker Leistungsorientiert gestaltet werden. Besonders hinweisen möchten wir, dass gerade in der Netzebene 7 (NE 7) die Leistungskomponente gegenüber der Arbeitskomponente bei den Unternehmen sehr untergewichtet ist.

Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass durch die politischen Bestrebungen nach einer Förderung der erneuerbaren Energie die für die Netzbetreiber energiewirtschaftlich notwendigen Tarifstrukturen nicht konterkariert werden: Der rapide Anstieg an dezentralen Kleineinspeisungen (z. B. Photovoltaik-Anlagen) in dieser Netzebene führt dazu, dass Kunden ohne Erzeugungsanlagen mit hohen Arbeitspreisen Kunden mit Erzeugungsanlagen quersubventionieren. Somit werden die Photovoltaikanlagen zusätzlich zum Ökostrombeitrag auch noch indirekt über die nicht sachgerechte Verschiebung der Tarifkomponenten gefördert.

Als weiteren Punkt möchten wir anmerken, dass „kleine“ dezentrale Einspeiser nur eine sehr geringe Energiemenge für den Eigenverbrauch aus dem Netz beziehen, aber gleichzeitig enormen betrieblichen Zusatzaufwand verursachen und die Kosten für den Ausbau der notwendigen Netzinfrastruktur stark ansteigen.

Daher stehen wir aus Gründen der Nichtdiskriminierung auf dem grundsätzlichen Standpunkt, dass die Leistungskomponente auch in der NE 7 zukünftig viel stärker betont werden muss.

Oesterreichs Energie fordert somit die Behörde auf, die Leistungspreise bzw. Grundpreise (NE 7) schrittweise kontinuierlich zu erhöhen und dafür die Arbeitspreise etwas stärker zu verändern.

2. Zur Bestimmung des Entgelts für sonstige Leistungen

Im § 11 werden erstmals die Entgelte für sonstige Leistungen des Netzbetreibers durch Festpreise festgelegt.

Die Vorgangsweise der Regulierungsbehörde, dass die Abdeckung der Kosten für das Entgelt für sonstige Leistungen im der Verordnungserlassung vorangegangenen Kostenermittlungsverfahren und in den Kostenbescheiden des Vorstands der ECA nicht berücksichtigt wurden, führt dazu, dass das im EIWOG 2010 vorgesehene Zusammenspiel der Kostenermittlung im Bescheidverfahren und der Entgeltfestsetzung durch die Verordnung ausgehebelt wird.

Die konkrete Konsequenz dieser Vorgangsweise ist, dass die Festlegung der Entgelte in § 11 sowohl hinsichtlich der Gestaltung einzelner Unterentgeltarten als auch in Bezug auf die Höhe der einzelnen Ansätze mit großen Fehlern behaftet ist.

Die für verschiedene Leistungen im Entwurf vorgesehenen Beträge weisen von den derzeit kosten- und aufwandsorientiert verrechneten Preisen teilweise erheblich ab. Es ist sehr bedauerlich, dass die Festlegung der Entgelte für sonstige Leistungen ohne Einbeziehung der betroffenen Netzbetreiber erfolgt ist und so bewusst auf das verfügbare Know How und die Erfahrungen aus der Praxis verzichtet wurde. Die Fehlerhaftigkeit dieser Vorgangsweise manifestiert sich vor allem auch darin, dass die Verpflichtung des Netzbetreibers, nur individuell in Anspruch genommene Leistungen gegen ein nicht kostendeckendes Entgelt erbringen zu müssen, solche Aufwände im Wege der Tarifierung auf alle übrigen - nicht verursachenden - Kunden umgelegt werden müssen, die diese Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Dies gilt auch für jene Nebenleistungen, die vom Netzbetreiber erbracht und im Verordnungsentwurf nicht berücksichtigt werden, wie beispielsweise die Nachrüstung von Impulsweitergaben oder das Wiederanbringen von entfernten Zählerplomben.

§ 51 Abs (1) EIWOG legt fest, dass eine über die im Abs 2 Z 1 bis 8 angeführten Entgelte hinausgehende Verrechnung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Netzbetrieb, unbeschadet gesonderter Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, unzulässig ist. Aus § 58 EIWOG kann jedoch nicht abgeleitet werden, dass Leistungen, für die von der Regulierungsbehörde im Rahmen der Verordnung keine Entgelte festgelegt werden, nicht verrechnet werden können, besonders wenn sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Netzbetreiber erbracht werden und dennoch nicht von den Systemnutzungsentgelten abgedeckt sind.

Wir sind überdies der Meinung, dass gegen § 58 EIWOG 2010 erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken bestehen (vgl. Oberndorfer/P zu § 58 in H. Hauenschild/K., Oberndorfer/P., Oberndorfer/C.F., Schneider/C. EIWOG 2010). Wie schon im Falle der Kritik an § 25 EIWOG aF nimmt das Gesetz keine ausreichende Klarstellung vor, auf welche Leistungen sich die Standardisierung beziehen soll. Es fehlt somit schon an der Grundvoraussetzung einer klaren Eingrenzung der Thematik

einer Verordnung. Zu den Rahmenbedingungen, welche der Verordnungsgeber in weiterer Folge einzuhalten hätte, gibt es überhaupt keine Aussagen. Es liegt für uns auf der Hand, dass auf dieser gesetzlichen Basis keine verfassungskonforme Verordnung zur Standardisierung von Nebenleistungen möglich ist. Die Höhe der Entgelte für sonstige Leistungen auf Basis der SNE-VO 2012 zeigt, dass die gemäß § 59 Abs 1 EIWOG 2010 festgelegten Grundsätze der Kostenwahrheit und Angemessenheit nicht entsprechend berücksichtigt wurden. Nicht kostenverursachungsgerecht festgesetzte Entgelte führen neben einer systematischen Erhöhung der Netzkosten aufgrund reduzierter Lenkungseffekte (Kunden nehmen sonstige Leistungen stärker in Anspruch) zu einer ungewollten Sozialisierung der nicht von den entsprechenden Entgelten abgedeckten Kosten. Zusammenfassend sind aus der gesetzlichen Basis somit weder der Umfang der betroffenen Leistungen noch der Rahmen und die Prinzipien, die für die konkrete Preisfestsetzung maßgeblich sein sollen, erkennbar.

Wir schlagen deshalb vor, zumindest die derzeitigen Verrechnungspreise der einzelnen Netzbetreiber für das Jahr 2012 aufrecht zu erhalten.

Anmerkungen zum Entwurf der SNT-VO 2012 im Einzelnen

Zu § 1 Regelungsgegenstand und § 3 Gemeinsame Vorgaben für Netznutzungs- und Netzverlustentgelt

Obwohl die SNE-VO 2012 lt. § 1 „Vorgaben hinsichtlich der Netzebenenanzuordnung der Anlagen“ enthalten sollte, sind diese Vorgaben in § 3 in Form der Eigentumsgrenzen für Netzebenen 4 bis 7 nicht mehr enthalten.

Die entsprechenden Regelungen in der bisherigen Form haben sich bewährt und sollten daher jedenfalls wie bisher beibehalten werden.

Zu § 5 Abs 4 Besondere Vorschriften für temporäre Anschlüsse

Hier wird in Verbindung mit § 11 Abs 1 Z 3 festgelegt, dass das Netzzutrittsentgelt für einen Netzanschluss an einen bereits vorhandenen Anschlusspunkt 25,00 € nicht überschreiten darf. Dass für einen temporären Anschluss an einen vorhandenen Anschlusspunkt der gleiche Verrechnungssatz gelten soll wie für eine Wiedereinschaltung, ist aus Gründen der Gleichbehandlung nachvollziehbar, allerdings ist der festgelegte Satz nicht kostendeckend (s. § 11)

Häufig sind temporäre Anschlüsse (Märkte, Schausteller) aber mit neuen Anschlusspunkten verbunden, weil beispielsweise zusätzliche Abzweige aus Trafostation, Kabelkästen sowie von Freileitungsmasten und Dachständen temporär errichtet und mit mobilen Verteilerschränken ausgerüstet werden. Es ist klarzustellen, dass solche Anschlusspunkte nicht als Vorhandene anzusehen sind und der dadurch verursachte Aufwand weiterhin gesondert und aufwandsorientiert verrechenbar ist.

Außerdem sollte klargestellt werden, dass diese pauschalierte Anschlussgebühr nicht für Wandlermessungen gilt. Bei Wandlermessungen ist der Aufwand deutlich höher und muss demnach aufwandsorientiert verrechenbar bleiben.

Zu § 9 Z 12 Arten der Messung, „Tarifschaltung“

Die Definition, wonach eine Tarifschaltung eine Zusatzfunktion zur Aktivierung und Deaktivierung der Messung bei unterbrechbaren Anlagen, sowie zur Tarifumschaltung bei Doppeltarifzählung ist, ist technisch unrichtig: unterbrochen wird nicht die Messung, sondern die Stromversorgung.

Oesterreichs Energie ersucht dahingehend um Richtigstellung.

Zu § 11 Bestimmung von Entgelten für sonstige Leistungen

Unter Verweis auf unsere Ausführungen im Allgemeinen Teil merken wir an, dass die hier angeführten Entgelte nicht sachgerecht und daher weder kostenverursachungsgerecht noch kostendeckend sind.

Mit unseren Anmerkungen im Detail wollen wir die Fehler aufzeigen, die aufgrund der unsachgemäßen Vorgangsweise entstanden sind. Die im Entwurf vorgesehenen einzelnen Positionen können keinesfalls als vollständig angesehen werden.

Zu § 11 Z 1 Entgelte für Mahnung

Die hier vorgesehene kostenfreie erste Mahnung ist in anderen Sparten wie z. B. Telekommunikation, Banken, GIS etc. nicht vorgeschrieben, nicht vorgesehen und wird auch nicht praktiziert.

Da die Zahlungsmoral der Kunden sich nachweisbar von Jahr zu Jahr verschlechtert, wäre eine solche Maßnahme äußerst kontraproduktiv und hängt sachlich auch nicht mit sozialer Verträglichkeit zusammen.

Der Entgeltsatz 0 für die erste Mahnung ist auch in zivilrechtlicher Hinsicht äußerst bedenklich. Nach § 1333 ABGB wird der Schaden, den der Schuldner dem Gläubiger durch die nicht fristgerechte Zahlung zufügt, durch die Verzugszinsen vergütet. Daneben kann der Gläubiger Schadenersatz für außergerichtliche Betreibungs- oder Errichtungsmaßnahmen machen. Diese Gesetzesvorgabe kann durch die SNE-VO nicht außer Kraft gesetzt werden. Dementsprechend ist es auch nicht nachvollziehbar, warum es keine Unterscheidung nach den Außenstandshöhen bei der Entgeltbestimmung mehr geben soll.

Oesterreichs Energie fordert daher, dass insbesondere der Hinweis, dass neben diesen angeführten sonstigen Leistungen keine weiteren Verrechnungen erlaubt sind, jedenfalls gestrichen werden muss.

Um eine österreichweit einheitliche Definition der sonstigen Leistungen entsprechend § 51 Abs 2 Z 7 EIWOG zu erarbeiten, könnte das Jahr 2012 genutzt werden.

Ebenfalls wird im Entwurf der Verordnung bei der Bestimmung der Entgelte nicht berücksichtigt, dass durch den Netzbetreiber oftmals Tätigkeiten außerhalb der Normalarbeitszeiten (Geschäftszeiten) zu erbringen sind. Diese Rund-um-die-Uhr Verfügbarkeiten kosten natürlich mehr als reine Tätigkeiten während der normalen Geschäftszeiten (gesetzliche Aufschläge, Zulagen, Ruhezeitgesetz u. v. m.) und sind mit den Standardentgelten nicht annähernd abzudecken. Diesbezüglich ist auf jeden Fall eine Klarstellung wünschenswert, dass die festgesetzten Entgelte nur für Leistungen innerhalb der Dienstzeit zur Anwendung gelangen. Für Leistungen außerhalb der Dienstzeit ist ein entsprechend höheres Entgelt (z. B. um +50 bis +100%) zu verrechnen.

Grundsätzlich sollte es möglich sein, dass bei hohem Aufwand, der durch Kundenverschulden und/oder zusätzliche Kundenwünsche bei der Erbringung der Zusatzleistungen entsteht, nach tatsächlichem Aufwand an den verursachenden Kunden verrechnet wird (z. B. die erforderliche Ablesung durch den Netzbetreiber anführen, wenn Termine seitens der Kunden nicht eingehalten werden und die Kosten von mehrmaligen Besuchen anfallen).

Darüber hinaus sind die in Z 1 vorgesehenen Mahngebühren aus den nachstehend angeführten Gründen nicht sachgerecht:

- Die bisher verrechneten Mahngebühren sind bereits in der bisher verrechneten Höhe nicht kostendeckend, müssen mit diesen Mahngebühren doch Bearbeitung, Maschinenlauf, Porto, Papier und aufgrund der verpflichtenden eingeschriebenen Mahnung nach § 82 Abs 3 auch Einschreibgebühren abgedeckt werden.
- Wenn das pönale Element der Mahngebühr entfällt, ist mit einem massiven Anstieg der Zahl der Spät-, Schlecht-, bzw. Nichtzahler zu rechnen.
- Kann der durch die Schlechtzahler verursachte Aufwand nicht durch an diese Kundengruppe verrechnete Gebühren abgedeckt werden, wird dieser Aufwand im Wege der Netztarife auf die „Normalzahler“ umgelegt. Dies ist nicht verursachungsgerecht.
- Die Mahngebühren bewegen sich bereits jetzt am unteren Rand der von anderen Branchen verrechneten Mahngebühren.
- Die Verordnung richtet sich an Netzbetreiber. Ein Großteil der Kunden erhält die Netzrechnung jedoch im Rahmen eines Vorleistungsmodelles über den Energielieferanten. Wenn Lieferanten wie zu erwarten ist, weiterhin zumindest kostenverursachungsgerechte Mahngebühren verrechnen, folgt daraus eine im Ergebnis ungerechtfertigte Ungleichbehandlung zwischen Kunden, die die Netzrechnung vom Netzbetreiber direkt erhalten und solchen, die die Netzrechnung über den Energielieferanten erhalten.

Oesterreichs Energie fordert daher eine entsprechende kostendeckende Anpassung der Obergrenzen für die Mahnspesen.

Zu § 11 Abs 1 Z 2 vom Netzbenutzer veranlasste Änderungen wie Anbringung, Umstellung oder Entfernung von Messeinrichtungen

Hier wird das Entgelt für vom Netzbenutzer veranlasste Änderungen wie Anbringung, Umstellung oder Entfernung von Messeinrichtungen, die Funktionen im Sinne des § 9 Z 1 bis 4 erfüllen, festgelegt. Wir weisen darauf hin, dass Tätigkeiten an Wandlerzählungen immer einen besonderen, anlagenspezifischen Aufwand darstellen. Diese sollten aus Gründen der Verursachungsgerechtigkeit stets aufwandsorientiert und nicht über eine Pauschale abgerechnet werden. Um eine Sozialisierung von Kosten, die durch gewerbliche Großkunden verursacht werden, an Endverbraucher zu vermeiden, sind die unter Abs 1 Z 2b angeführten Leistungen für vom Netzbenutzer veranlasste Änderungen wie Anbringung, Umstellung oder Entfernung von Messeinrichtungen die Funktionen im Sinne des § 9 Z 1 bis 4 erfüllen, stets nach tatsächlichem Aufwand zu verrechnen. Da es sich tendenziell um Messungen von Netzbenutzern mit hohem Stromverbrauch handelt, sind insbesondere die Aufwendungen für die Montage des Messwandlers, Umbauten von Messwandlern bei Leistungsveränderungen, Verlegung der Wandler-Messleitungen, Bürdenmessungen, Prüfung der Korrektheit der Wandlerzählung (Wandlerschleifen), Installation der Zählerfernabfrage (Herstellung, Inbetriebnahme der Telekomverbindung sowie Einrichtung und Prüfung der ZFA), sowie die detaillierte Dokumentation der Messeinrichtung zu berücksichtigen.

Bezüglich der gemäß Abs 1 Z 2a angeführten Leistungen für vom Netzbenutzer veranlasste Änderungen wie Anbringung, Umstellung oder Entfernung von Messeinrichtungen, die Funktionen im Sinne des § 9 Abs 1 Z 5 bis 12 erfüllen, ist folgendes festzuhalten:

Abs 1 Z 5 bis 12 im Sinne des § 9 beinhaltet auch die Tarifschaltung, wonach aus unserer Sicht auch für die vom Netzbenutzer veranlasste Änderung der Tarifschaltung eine Pauschale iHv 20,00 € zu verrechnen ist. Diesbezüglich ist eine Konkretisierung erforderlich.

Zu § 11 Abs 1 Z 3 Abschaltung und Wiederherstellung des Netzzugangs vor Ort

§ 58 EIWOG 2010 legt das für die Abschaltung und Wiederherstellung des Netzzuganges zu entrichtende Entgelt mit höchstens 30 Euro fest. Schon dieser Betrag ist nicht kostendeckend, eine weitere Reduktion nicht akzeptabel. Außerdem legt § 58 EIWOG 2010 das Entgelt nur für die Abschaltung gemäß § 82 Abs 3 fest, während § 11 Abs 1 Z 3 der SNE-VO generell das Entgelt für Abschaltung und Wiederherstellung des Netzzugangs vor Ort ohne Einschränkungen beinhaltet. Eine Beschränkung der Abschaltungen gemäß § 82 Abs 3 EIWOG 2010 ist nicht zielführend, da es zahlreiche weitere Fälle für Abschaltungen gibt. Zum Beispiel ist im Zuge einer Abmeldung (Auszug eines Kunden) neben der Demontage der Messeinrichtungen auch die Abschaltung der Anlage eine technische Alternative.

Für Oesterreichs Energie sind eine kostendeckende Anpassung des Entgeltes, sowie eine Konkretisierung, dass davon sämtliche Abschaltungen und Wiedereinschaltungen betroffen sind, daher unerlässlich.

Zu § 11 Abs 1 Z 4 Ablesung und Zwischenabrechnung von Messeinrichtungen auf Wunsch des Netzbetreibers

Der Betrag der Zwischenabrechnung mit Ablesung vor Ort (lit. b) in Höhe von 15,00 € ist aufgrund des dafür notwendigen Bearbeitungsaufwandes zu niedrig und soll in gleicher Höhe wie nach Abs 1 Z 3 vorgeschrieben werden.

Weiters ist anzumerken, dass vom Kunden verursachte Ablesungen (z. B. Kunde zieht aus und teilt dem Netzbetreiber den Zählerstand nicht mit) oder Zählerablesungen im Zuge eines Lieferantenwechsels (gewünscht durch Lieferant oder Kunde in der Wechselliste) nicht angeführt sind.

In diesen Fällen muss der Netzbetreiber den Zähler selbst ablesen, wodurch gemäß lit. b ebenfalls ein entsprechendes Entgelt zu verrechnen ist. Es wird um diesbezügliche Klarstellung ersucht.

Zu § 11 Abs 1 Z 5 Tägliche Fernauslesung eines Lastprofilzählers und elektronische Datenübermittlung

Eine tägliche elektronische Datenübermittlung kann aus prozess- und systemtechnischen Gründen nicht zu 100% gewährleistet werden. Eine tägliche Datenübermittlung erfordert tagesaktuelle, lückenlose und vor allem vollständig geprüfte Einzeldaten. Es kann beispielsweise vorkommen, dass durch GSM-Netzstörungen oder aus sonstigen technischen Gründen eine bestimmte Anzahl von Zählungen an bestimmten Tagen nicht fernausgelesen werden können. Dieser Sachverhalt ist zu berücksichtigen.

Zudem ist anzuführen, dass das festgesetzte Entgelt für die Fernauslesung eines Lastprofilzählers und elektronische Datenübermittlung iHv 7,00 € in keiner Weise kostenverursachungsgerecht festgesetzt ist. Aufgrund der Tatsache, dass der Prozess nicht vollautomatisiert abgewickelt werden kann, ist eine entsprechende Erhöhung erforderlich. Damit wird sichergestellt, dass sämtliche Netzbetreiber nicht die erhöhten, von einzelnen Netzbetreibern unmittelbar verursachten, Netzkosten zu tragen haben.

Zu § 11 Abs 1 Z 6 Überprüfung von Messeinrichtungen auf Wunsch des Netzbetreibers

Der Betrag der Überprüfung von Messeinrichtungen durch eine Eichstelle (lit. b) in Höhe von 70,00 € wird aufgrund des dafür notwendigen Bearbeitungsaufwandes als zu niedrig erachtet.

Eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Netzbetreiber betreibt keine eigene Eichstelle und ist somit auf Fremdleistung angewiesen. Die marktüblichen Preise liegen aber erheblich über dem im Verordnungsentwurf angegebenen Betrag.

Da sowohl die eigenen Kosten der Netzbetreiber als auch die Entgelte der Eichstellen weit über diesem Höchstpreis liegen, ist aus dieser Position eine Unterdeckung aus Netzbetreibersicht gegeben.

Weiters ist für Punkt a) „Überprüfung der Messeinrichtung vor Ort“ eine Ergänzung aufzunehmen, welchen qualitativen Kriterien eine Überprüfung der Messeinrichtung vor Ort mindestens zu entsprechen hat.

Punkt b) ist in der Textierung auf „Überprüfung der Messeinrichtung durch eine *kompetente Prüfstelle*“ zu ändern, zumal diese Tätigkeit auch von Netzbetreibern bzw. im Auftrag von Netzbetreibern durchgeführt werden kann, jedoch nicht im Rahmen der Ermächtigung als Eichstelle.

Falls der Netzbenutzer eine Überprüfung der Messeinrichtung durch eine andere Stelle – z. B. physikalisch technischer Prüfdienst des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV) – wünscht, ist eine Verrechnung nach tatsächlichem Aufwand (externe Kosten des BEV iHv rd. 400 €) erforderlich. Hinsichtlich einer Konkretisierung dieser Bestimmung wird um entsprechende Ergänzung ersucht.

Zudem ist zu ergänzen, dass bei einem erforderlichen Ausbau der Messeinrichtung im Zuge der Überprüfung zusätzlich die gemäß Abs 1 Z 2a anfallenden Pauschalen und b. anfallenden tatsächlichen Aufwendungen für die Anbringung, Umstellung, Entfernung der Messeinrichtung zu verrechnen sind.

Zu § 11 Abs 2 Entgelte gemäß Abs 1 Z 6 sind nur bei nicht defekten Messeinrichtungen zu verrechnen

Dieser Punkt müsste richtig lauten:

Entgelte gemäß Abs 1 Z 6a sind nur bei nicht defekten Messeinrichtungen zu verrechnen.

Zudem ist dieser Punkt um folgende Textpassage zu ergänzen:

Entgelte gemäß Abs 1 Z 6b sind nur zu verrechnen, wenn die Messgeräte den Eichvorschriften entsprechen.

Für diese durch den Kunden getriebene Tätigkeit ist auf jeden Fall ein kostendeckendes Entgelt vorzusehen sowie eine entsprechende Konkretisierung vorzunehmen.

Zu den Erläuterungen zu § 11

Der in den Erläuterungen angeführte Gedanke der sozialen Verträglichkeit ist durch die generelle Kostenreduktion ohne Zielgruppeneinschränkung absolut nicht erkennbar. Z. B. ist die erste kostenlose Mahnung ein Aufruf zum Zahlungsverzug und wird ungeachtet der sozialen Schicht allen Kundengruppen der Anreiz zum pünktlichen Zahlen genommen.

Somit kann nach Meinung von Oesterreichs Energie die erste Mahnung nicht kostenlos sein. Ebenso müssen Verzugszinsen (im Gewerbe- als auch im Privatkundenbereich) verrechnet werden.

Der Hinweis in den Erläuterungen zum § 11 betreffend integrierter Rechnungslegung und die damit verbundene Mahnspesengestaltung für Energielieferanten verwundert uns und ist in der SNE-VO grundsätzlich entbehrlich.

Bezüglich der Textpassage „*Allfällige weitere sonstige Entgelte als jene, die in dieser Verordnung angeführt sind, dürfen gem. § 51 Abs 1 EIWOG 2010 nicht verrechnet werden.*“

ist folgendes anzumerken:

In § 11 sind zahlreiche sonstige Leistungen welche der Netzbetreiber erbringt und die im Geschäftsleben üblich sind nicht tariflich angeführt, wie z. B.:

- Wertkartenverkauf für Prepaymentzähler vor Ort
- Plombierung in Kundenanlagen nach Terminvereinbarung (kundenverursacht)
- Erstellung von Rechnungsduplikaten
- Erstellung von Zahlscheinduplikaten
- Erstellung von Kontoauszügen
- Verwendung von nicht EDV-lesbaren Zahlscheinen
- Kassaeinzahlungen
- Unvollständige übermittelte Formulare bei Telebanking
- Nichteinlösung eines Abbuchungsauftrages (Einzugsermächtigung)
- Störungsbehebung (Störung kundenverursacht)
- Verrechnung von Entgelten für Blindleistungsbezug bei $\cos \phi < 0,9$
- Befristetes Isolieren einer Freileitung
- Kontrolle der Netzentkopplung von Einspeiseanlagen
- Inkasso bzw. Inkassoversuch vor Ort

Es ist aus unternehmerischer Sicht striktest abzulehnen, dass diese Tätigkeiten nicht verrechnet werden dürfen.

Oesterreichs Energie fordert somit, dass diese Tätigkeiten ebenfalls entgeltlich berücksichtigt werden.

Zu § 12 Abs 5 Verrechnung der Entgelte

Wenn Entgelte für sonstige Funktionen im Zusammenhang mit Messleistungen gemäß § 10 Abs 3 in geeigneter Form, etwa im Internet, zu veröffentlichen sind, bedeutet dies, dass künftig individuell kalkulierte Messleistungen für Kunden auf höheren Spannungsebenen, z. B. im 110-kV-Netz zu veröffentlichen sind.

Oesterreichs Energie geht davon aus, dass eine derartige Veröffentlichung kundenindividueller Daten dem Datenschutz widerspricht und somit abzulehnen ist. Akzeptabel wäre allenfalls eine Veröffentlichung des Modus, wie solche individuell erbrachte Messleistungen kalkuliert werden.

Zu § 13 Ausgleichszahlungen

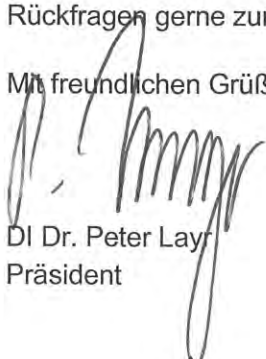
Aus Sicht einiger Unternehmen sind die angegebenen Ausgleichszahlungen noch zu korrigieren.

Die Beauftragung eines Treuhänders mit der Abwicklung der Zahlungen sollte nicht zwingend erforderlich sein, da sich bei den betroffenen Netzbetreibern die bisherige Praxis einer direkten Verrechnung bewährt hat und eine Beauftragung eines Treuhänders keinen erkennbaren Mehrwert bringt, wohl aber mit Zusatzkosten verbunden wäre.

Abschließend weist Oesterreichs Energie noch auf die ergänzenden Anmerkungen zum Entwurf der SNT-VO 2012 in den Einzelstellungnahmen der Netzbetreiber hin, mit dem Ersuchen nach Aufnahme in die Verordnung.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


DI Dr. Peter Layr
Präsident


Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin